

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“ Fernsprecher Nr. 11



Beilageblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat Juni 25.00 Mk. mit Zustellungsgebühr. Ein einzelnes Exemplar 200 Mk. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum 225 Mk. Die Anzeigenzeile 600 Mk. Mindestbetrag bei Nichterfüllung der Zeitung, infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. eines Auftrags 900 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt fünfzig.

Nr. 130. Altensteig, Donnerstag den 7. Juni. Jahrgang 1918

Die belgisch-französische Konferenz.

Neue Prüfung der deutschen Vorschläge vor Aufgabend des passiven Widerstandes. — Versärfster Druck.

Brüssel, 6. Juni. Die belgischen und die französischen Minister haben sich heute in Brüssel im Ministerrat des Nachmittags um 2 1/2 Uhr nachmittags zu einer Konferenz vereinigt. Nach einer Unterredung zwischen Poincaré, Thomaux und Jaspars, die mehr als eine Stunde gedauert hat, sind die Sachverständigen zur Teilnahme an den Beratungen benannt worden. Die Sitzung dauerte bis 6 1/2 Uhr. So fort nach ihrer Beendigung ist folgendes

Communiqué

ausgegeben worden: Die belgische und die franz. Regierung haben heute die gemeinsame Prüfung der verschiedenen durch die Nachbesetzung aufgeworfenen Fragen fortgesetzt. Sie haben wieder alle ihre früheren Beschlüsse aufrechterhalten, namentlich was die Bedingungen betrifft, unter denen die Klärung des Ruhrgebietes nach Zahlung der Reparationen erfolgen wird, und was die Verpflichtung Deutschlands betrifft, vor jeder Prüfung seiner Vorschläge dem passiven Widerstand ein Ende zu bereiten. Die beiden Regierungen haben das Programm neu zu ergreifender Maßnahmen geprüft, um den Druck zu verstärken und um Deutschland zu einer raschen Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen. — Wie Havas berichtet, haben die Minister den Schwerefall durch eine Hinterlist verlassen, um den Fragen der Journalisten zu entgehen.

Ein Stimmungsbild aus Brüssel.

Brüssel, 7. Juni. Wie Havas aus Brüssel berichtet, ist im Laufe der Verhandlungen, die die Minister Poincaré, Thomaux und Jaspars vor Beginn der allgemeinen Konferenz miteinander hatten, die allgemeine Politik geprüft worden, die die beiden Regierungen hinsichtlich der Reparationsfrage zu befolgen gedenken. Im Verlaufe der der Konferenz vorausgegangenen Konferenzen von Brüssel und Paris ist man übereingekommen, daß die Klärung des besetzten Ruhrgebietes nur nach Übergabe der Zahlungen Deutschlands erfolgen solle. Diese Entscheidung sei nicht nur aufrecht erhalten und bekräftigt worden, sondern eine ganz neue Verbindung von großem Interesse sei beiderseits gefestigt worden, nämlich, daß das Deutsche Reich den passiven Widerstand im Ruhrgebiet aufgeben müsse, ehe seine Vorschläge geprüft werden können. Tatsächlich, so fährt Havas fort, ist es ungewißhaft, daß Deutschland mit seiner Haltung in offener Aufrühr gegen die legalen in Uebereinstimmung mit dem Versailler Vertrag getroffenen Maßnahmen die Angebote vollkommen illusorisch machen würde. Nur die Einstellung des passiven Widerstandes werde einen wirksamen Beweis des deutschen guten Willens und des klaren und logischen Zuges durch die effektive Festlegung der Reparationen des Deutschen Reiches schaffen. Havas fährt ferner hinzu, daß man in Brüssel und Paris also entschlossen sei, aber die grundsätzlichen Bedingungen nicht lockern zu lassen, bleibe nichts anderes übrig, als sie von England und Italien annehmen zu lassen, wenn man bald die alliierte Einheitsfront wiederherstellen wolle. Das ist eine liegende und sehr berechtigte Sorge. Man könne voraussetzen, daß die belgische Regierung jetzt in London festhalten wolle, ob man diese grundlegende Vorbedingung für jede Verhandlung annehmen wolle. Nach dieser Richtung wolle man übrigens eine Fortentwicklung in den britischen Kreisen feststellen können. Wenn das Kabinett Baldwin sich der französisch-belgischen These anschließt, dann werde England in der Lage sein, wenn es den Wunsch habe, sich eine Kollektivantwort auf die deutsche Note anzuschließen. Außerdem aber werde es schwer sein, für den Augenblick über die Sache selbst eine Einigung der verschiedenen Aufstellungen der Alliierten zu erzielen. Die Annäherung könne nur im Falle eines Verzichts auf die Grundzüge erzielt werden, die die Grundlagen der franz.-belg. Politik und der Reparationen bilden. — Nach dieser Beratung beschäftigte man sich mit technischen Fragen über die wirtschaftliche Aktion im Ruhrgebiet. Im allgemeinen sollen nach Havas die franz.-belg. Behörden sich verständigt haben, den Druck im Ruhrgebiet zu verstärken, wahrscheinlich, in dem sie das Regelsystem auf gewisse Bergwerke und Brücken auszuheben gedenken. Das letztere sei ebenso neu wie bedeutsam.

Der Feuerungsstau.

Dieser Lenz des Mißvergnügens ist keine Hoffnungsblume im Leben. Trüb wie sein Antlitz ist der Segen, den er über uns ausschüttet. Die Menschheit leidet nach einem erdärmenden Strauß und die Welt zeigt sich im ewigen Nebelgrau. Der gebeugte Sinn hungert nach einem Sonnenblick und tausend Klagen strömen über ihn her. Alle bösen Uebel flattern in die Welt: die Hungerseuchen und Wucherplagen, die Papiergespenster und Salutschreden, die schwarzen Interochtstamen und die roten Massengifte. Die Zeit brodelt wie ein Herdengeweil. Der Mensch ist der Räuber in diesem Teufelsgequäl. Vergebens sucht er Erlösung vom wilden Strudel des Tages. Er schwimmt in der Strömung, ist Tropfen der Flut, die ihn trägt und verdrängt.

Man muß vom Thema sprechen, schreibt die „T. A. Z.“. Von dem einen, allesbeherrschenden. Es hat uns alle am Widet. Ein Entinnen gibt es nicht. Der tägliche Gruß lautet nicht mehr: „Guten Tag“, sondern: „Wie steht der Dollar?“ Man fragt nicht mehr: „Was kostet das Ei?“, sondern: „wie viel ist es gestiegen?“ Alles Sein und Denken kreist um die eine Frage: wie frische ich mein Dasein? Ob Hand-, ob Klopfarbeiter, ob Kleingewerbetler oder Großunternehmer, jeder ist Mitkämpfer in diesem wilden Krieg um die Notdurft des Lebens. Alles Tun wird behercht von dem Kampf um den nackten Güterbesitz. Wieviel nützliche Energie und wieviel Nervenkraft vergeht dieser unproduktive Lebenskampf! Er verdrängt und lähmt nicht nur ein gut Teil der wertvollsten Kräfte: seine Wirkungen sind unheilvoller: er bedingt die Geistesstruktur des Daseins auf die Stufe des Nur-Materiellen herab. Der Lebenszustand verdrängt. Edelguth von Jahrhunderten kommt in die Gasse. Der stuchwürdige Rammon ist seine Drahtenlaot.

Wenn der Vörsenzeitung auf „Sturm“ steht, fegt der Orkan fessellos über die Lande. Wie ein Blizzard erfasst er das bedruckte Papier und wühlt das Bescheidende in seinen Untiefen auf. Fessellos entläßt sich die Springschut der Feuerung. Der Preis beginnt seinen wilden Cancan. Der Lohn folgt mit grotesken Sprüngen. Im ewigen Kreislauf rufen sie hintereinander her wie die Reittiere im Karussell. Die Wirtschaftsordnung erbebt unter ihrem Tritt. Alle festen Formen lösen sich. Das Stetige kommt ins Wanken, taumelnd wie auf schwankem Schiff tasten wir durch den Tag. Der Boden entgleitet uns und unter dem Fuß. Größen verlieren ihr gewohntes Maß. Zahlenbegriffe weiten sich zu Riesendimensionen. Unberechenbar wie das Morgen ist der Wertmesser für das geldliche Gut. Der Händler sieht seine Substanz bedroht, der Käufer seinen Geldbesitz schmelzen. Der Produzent sucht vergebens den Kenner im Kulenbestand. Der Lohnempfänger sieht die „Scheinherrlichkeit“ seinen Händen entflattern wie die Tauben dem offenen Schlag. Mit dem Geldbesitz schwinden Ruhe und Frieden, Ehrlichkeit und Moral. Und wir alle klagen mit Heinrich Heine:

Wie Lieb und Treu und Mauben
Beischnunden aus der Welt
Und wie so tener der Koffer
Und wie so rar das Geld!

Wie brauste der Ansturm mit ja elementarer Wucht herein wie diesmal. Wie glitt das Senfblei der Markbrennung in solche Grabestiefen hinab. Unaufhaltbar stürmt die Lawine fort und begräbt Schicksale und Pläne. Hilflös blicken wir in das Unabänderliche als Opfer höherer Gewalt. Die Zukunft ist der Strahlalm unserer Hoffnung. Wir leiden, damit die Nachwelt genieße. Wird sie uns Dank wissen? Wenn unsere Gebeine modern, wird sie in ihre Beschäcker schreiben: „Das war eine heroische Zeit!“ Stolz macht uns der Glaube an solchen Ewigkeitsdruhm, aber er macht leider keinen hungrigen Magen satt.

Der deutsch-amerikanische Schiffahrtsstrukt.

Im Sommer des Jahres 1920 hat die Hamburg-Amerika-Linie mit der United-American Lines auf 20 Jahre einen Vertrag abgeschlossen, der die Einrichtung eines gemeinsamen Fracht- und Passagierverkehrs zwischen den Häfen Deutschlands und den Vereinigten Staaten von Nordamerika einerseits und zwischen deutschen Häfen und anderen Häfen der Welt vorfab. Nach

dreimonatiger Anwesenheit des damaligen Generaldirektors der Havag, Dr. Cuno, dem jetzigen Reichsfinanzminister, wurde das Abkommen zwischen den beiden Schiffahrts-gesellschaften unterzeichnet. Die vertragsschließenden Teile stellen für den damals einzurichtenden Dienst ihre Hafeneinrichtungen, Büroorganisationen, technischen Kenntnisse, Kundschafisverbindungen usw. sich gegenseitig zur Verfügung. Für den in Aussicht genommenen Verkehr sollte jede Reederei die Hälfte der Tonnage in den Dienst stellen; im Falle die Havag sich nicht in einer solchen Höhe beteiligen konnte, sollte die amerikanische Reederei den noch notwendigen Schiffraum solange bereitstellen, bis sie Havag genügend Tonnage hätte. Dieses Abkommen hat sich, wie der Jahresbericht der Hamburg-Amerika-Linie ausdrücklich hervorhebt glänzend bewährt, besonders in der Zeit, als im Atlantischen Ozean ein allgemeiner Frachtenkrieg ausgebrochen war. Die Linien, die bisher von den an diesem Vertrage beteiligten Reedereien besetzt wurden, endeten alle an der Ostküste Americas. Aber man hatte schon in dem Vertrage von 1920 eine Erweiterung des gemeinsamen Dienstes vorgesehen.

Diese Erweiterung ist jetzt in doppelter Richtung eingetreten. Einmal ist in Aussicht genommen, daß die Dampfer durch den Panama-Kanal auch die Westküste Americas anlaufen; und zum andern treten dem Vertrag auf beiden Seiten zwei neue Reedereien hinzu. Auf amerikanischer Seite wird eine amerikanische Reederei die Linie des neuen Dienstes Hamburg—St. Franzisko bis nach Honolulu weiterführen. Auf deutscher Seite tritt die Kosmosreederei in den deutsch-amerikanischen Schiffahrtsdienst ein. Zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und der Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft Kosmos bestehen schon seit langem enge Beziehungen. Die Kosmos wiederum steht der Roland-Linie in Bremen sehr freundschaftlich gegenüber, hat ebenfalls Beziehungen zur Deutsch-Australischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, diese wiederum berührt sich mit dem Norddeutschen Lloyd.

Aber die Vertrauens geht noch weiter. Und zwar bis zur Rheinisch-Westfälischen Schwerindustrie. Die Roland-Linie, die erst vor kurzem die Dampfschiffahrts-Gesellschaft Argis in Bremen erwarb, steht in enger Beziehung zum Otto-Wolff-Konzern; der Konzern Kosmos-Austral ist wiederum eng mit dem Konzern Funke-Henrichel verbunden.

Angemerkt sei noch, daß zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der United States Mail Steamship Co. in New York ein ähnlicher Vertrag auf fünf Jahre im Sommer 1920 abgeschlossen wurde, durch den diese beiden Reedereien den Verkehr zwischen Bremen und New York ausführen.

Devisenbestände und Dollarrückgang.

Der Untersuchungsausschuß, den der Reichstag eingesetzt hat, um die Vorgänge zu prüfen, die zu der Markkatastrophe am 18. April führten, hat seine zweite öffentliche Sitzung abgehalten. Die Sitzung gestaltete sich im wesentlichen zu einem Frage- und Antwortspiel zwischen den erschienenen Sachverständigen und Vertretern der beteiligten Behörden einerseits und den parlamentarischen Mitgliedern des Ausschusses andererseits.

Der technische Sachverständige, der Bankier Koch vom Hause Bleichröder, führte den Zusammenbruch der Markfront auf zwei Dinge zurück: den Mißerfolg der Dollaranleihe, die immer stärker werdende Inflation und als Drittes kam hinzu die psychologische Einstellung der ausländischen Börsen, die auf einmal jedes Vertrauen in die Kreditfähigkeit und besonders die Stützungsaktion der Regierung verloren hatten. Erst danach setzte die Kervosität an den deutschen Börsen ein. Die deutsche Wirtschaft ging nun ebenfalls dazu über, sich Devisen wieder bereinzuholen, ehe ihre Presse weiter kriegte. Sie wollte sich wieder mit fremden Zahlungsmitteln versehen, die sie vorher unter dem Druck der Niedrighaltung des Markkurses abgeben hatte. Offenbar hätte der frühere Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, der ebenfalls Mitglied des Untersuchungsausschusses ist, bezweifelt, daß die deutsche Wirtschaft in den Monaten Februar und März Devisenbestände hergegeben hätte, daß sie vielmehr über einen Devisenvorrat verfüge, der weit über den Bedarf hinausginge. Reichsbankpräsident Hakenstein trat dieser Behauptung, die übrigens auch im Ausland weite Verbreitung gefunden hat, entgegen und bezifferte die Devisenbestände der Banken und der deutschen Wirtschaft auf höchstens 2 Milliarden Goldmark bei einem



Dollarstand von 75.000 sind das 36 Billionen Papiermark, das wäre etwa ein Viertel des gesamten deutschen Aktienkapitals, wenn man den heutigen Kurswert zugrunde legt. Ebenso glaubte der Bankier Voeb, daß von einer Ueberverpflichtung mit Devisen keine Rede sein könne. Schmidt griff dann weiterhin die Kreditpolitik der Reichsbank an. Der Reichsbankpräsident hielt ihm aber entgegen, daß, wenn die Ansicht von Schmidt zuträfe, eine Geldknappheit in dem Umfange, wie sie bestand und noch besteht, nicht hätte eintreten können. Havenstein gab durchaus zu, daß von den Krediten, die die Reichsbank ihren Kreditnehmern zur Verfügung gestellt habe, wohl Devisen gekauft worden seien, aber im allgemeinen seien die Kredite der Reichsbank an die gesamte deutsche Wirtschaft nicht so hoch gewesen, daß aus ihnen die Ansprüche am Devisenmarkt hervorgegangen sein könnten; im Gegenteil, die Reichsbank habe dauernd Beschwerden über die Engverfügbarkeit in ihrer Kreditpolitik erhalten.

Während man so in dem Untersuchungsausschuß immer noch über den ersten Markkurs seit der Stützungsaktion der Reichsbank verhandelt, hat die deutsche Saluta ihren Marsch auf der abschüssigen Bahn inzwischen in viel stärkerem Tempo fortgesetzt. Die polnische Mark und die österreichische Krone sind zur Weltvaluta geworden, die deutsche Saluta ist abgesehen von der russischen, das schlechteste Zahlungsmittel der Welt. In den letzten Tagen, je mehr wir uns dem Versandtermin des neuen deutschen Angebots nähern, hatte die Mark eine leichte Besserung ihres Außenwertes zu verzeichnen, während ihr Binnenwert stärker sinkt. Die Unsicherheit der politischen Lage und die immerhin bestehende Möglichkeit einer Regelung der Reparationsfrage zwingt in erster Linie die Spekulation dazu, sich zurückzuhalten. Ueber die weitere Entwicklung des Markkurses wird die Aufnahme des deutschen Angebotes im Ausland entscheiden, der neue Aufstieg des Dollars auf 75.000 zeigt aber, daß man die Aussicht an der deutschen Note nicht günstig beurteilt.

Neues vom Tage.

Stillschweigen über den Notenkurs.

Berlin, 6. Juni. Es besteht nun kein Zweifel mehr darüber, daß die deutsche Ergänzungsnote, die in Form einer Denkschrift abgefaßt sein wird, im Laufe des Donnerstags gleichzeitig in Paris, London, Rom und Brüssel übergeben werden wird. Da die Note durch Kurriere übermittelt werden wird, dürfte sie sich zur Stunde bereits auf dem Wege nach den verbündeten Hauptstädten befinden. Auch der amerikanische und der japanische Regierung soll sie zur Kenntnis gebracht werden. Ueber ihren Inhalt sind bereits Angaben, deren Richtigkeit dahingestellt bleiben muß.

Vermögensabgabe zur Brotverbilligung.

Berlin, 6. Juni. Die Reichsregierung hat für das neue Erntejahr die Beseitigung des Umlageverfahrens in der Getreidewirtschaft in Aussicht genommen und will nur noch für einen ganz begrenzten Kreis von Fürsorgebedürftigen eine Brotverbilligung durch Führen im Abgaben aber die Preisgestaltung dem freien Verkehr überlassen. Zur Deckung der Brotverbilligung war die nochmalige Erhebung der Zwangsanleihe, und zwar in Form einer einmaligen Vermögenssteuer beabsichtigt. Wie nun der „Anst. Bg.“ gemeldet wird, geht das Reichsfinanzministerium mit dem Gedanken um, einen erheblichen höheren Betrag, nämlich das Zehnfache der Zwangsanleihe, zur Deckung der Brotverbilligung zu nehmen. Im Haushaltsplan für 1923 ist ein Aufkommen von 500 Milliarden Papiermark an Stelle der Zwangsanleihe eingezeichnet. Bisher sind nach dem letzten Ausweis (20. Mai) 168,5 Milliarden eingezeichnet. Ob der Betrag von 500

Milliarden erreicht wird, steht noch dahin. Der zehnfache Betrag würde, selbst wenn man nicht von der im Haushalt eingezeichneten Summe ausgeht, immerhin mehrere Billionen ergeben. So hoch scheint also die Finanzverwaltung die Kosten der Brotverbilligung im neuen Erntejahr zu veranschlagen. Man kann hieraus etwa schließen, wie hoch die Aufschüsse des Reichs für die Brotverbilligung in den hinter uns liegenden Monaten gewesen sind, die jetzt mit der neuen Brotverbilligung vom 4. Juni in Regfall kommen. Diese Aufschüsse sind bisher durch die Notenpresse gedeckt worden.

Gesamtforderung 50 Milliarden?

London, 6. Juni. Nach den bisher bekanntgewordenen Einzelheiten hat die Fällungnahme zwischen Paris, Brüssel und London folgendes Ergebnis gehabt: Die Endsumme, auf die sich wahrscheinlich die Ratione einigen werden, dürfte nahe an 50 Milliarden Goldmark liegen. Die englische Regierung scheint sich dem Standpunkt zu nähern, wonach die deutschen Zahlungen garantiert werden müssen durch eine Beteiligung der Verbündeten an dem Reingewinn der großindustriellen Unternehmungen Deutschlands. Es wird sogar hier davon gesprochen, daß man von Jahr zu Jahr verlässliche Jahresraten in Erwägung ziehe, deren Höhe jeweils zu bestimmen wäre und zwar nach dem Reingewinn der für die Reparationszwecke haltbar gemachten deutschen Unternehmungen. Als 2. Punkt dürfte sich eine Einigung vorzubereiten scheinen, wonach sich England für eine Ermäßigung der französischen und italienischen Schulden in Amerika bemühen wird und daß man Deutschland die Verpflichtung auferlegen müsse, für die Schuldenerregung Frankreichs und Italiens an Amerika aufzukommen.

Der „Times“ schreibt in einem Artikel über die Brüsseler Konferenz: Was die Ruhrbesetzung anbelangt, so verweisen wir darauf, daß die Besetzung der Ruhr ein Zwangsmittel und ein Stand ist, das aber noch produktiv gemacht werden muß. Die Voraussetzung für alle Verhandlungen mit Deutschland ist die Aufgabe des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet. Sobald Deutschland diese Weisung ausübt oder die Forderungen der Verbündeten erfüllt, kann der Charakter der Ruhrbesetzung erleichtert werden.

Immer noch keine Einigung in Lausanne.

Lausanne, 6. Juni. Die privaten Besprechungen zwischen den Verbündeten und János Pálffy, die fortgesetzt wurden, galten wiederum über Frage der Konzeptionen. Die Parteien wählten sich erneut, einen entsprechenden Artikel in den Friedensvertrag aufzunehmen, wonach die Rechte der Inhaber von Kriegsentwädigungen gewahrt bleiben. Sie erklärten, erst zu dieser Frage Stellung zu nehmen, wenn sie neue Instruktionen von Argona erhalten hätten.

Schwinn geht nach Paris.

London, 6. Juni. Baldwin wird sich voraussichtlich so bald als möglich zur Besprechung der Reparationsfrage nach Paris begeben.

Das Schandregiment an der Ruhr.

Essen, 6. Juni. Der neue Prozeß gegen die Zechendirektoren, die dem Befehl zur Aufnahme der Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien nicht Folge geleistet haben, ist aus unbekanntem Gründen abermals verschoben worden.

Düsseldorf, 6. Juni. Im Düsseldorfener Hafengebiet wurde der 73jährige Hans Herbes von einem französischen Soldaten erschossen. Der Knabe hatte in Gesellschaft von zwei anderen Kindern einem französischen Soldaten zugerufen: Monsieur nicht Brot? Der Franzose fühlte sich dadurch beleidigt und schoß aus 3 Meter Entfernung auf den Knaben, der in den Kopf getroffen tot zu Boden stürzte. Der Täter wurde von französischen Gendarmen verhaftet.

Buer, 6. Juni. Hier beschlagnahmte die Besatzungsbehörde den gesamten Rassenbestand der Stadtkasse in Höhe von 44 Millionen Mk., die zur Auszahlung an Erwerbslose bestimmt waren.

Essen, 6. Juni. Bei Vintorf erfolgte abermals eine große Sprengung eines Eisenbahndammes. Soviele bis jetzt bekannt ist, sind 60 Güterwagen und 1 Lokomotive zertrümmert worden.

Geisenkirchen, 6. Juni. Die Eisenbahner der neu besetzten Strecke wurden durch Plakate aufgefordert, sich innerhalb 48 Stunden den Franzosen zur Arbeit zur Verfügung zu stellen. Da diese Aufforderung von vornherein abgelehnt wurde, werden die Beamten zum Teil vertrieben, zum Teil auch noch jetzt in den Wartehäusern eingesperrt gehalten.

Wilde Teilstreiks bei der Reichshof in Berlin.

Berlin, 6. Juni. Bei einzelnen Berliner Kiemern der Reichshof sind wilde Teilstreiks der Arbeiter, speziell der Telegraphenarbeiter, ausgebrochen, obgleich die abgeschlossenen Lohnverhandlungen die Genehmigung der zuständigen Organisationen gefunden haben.

Das Dortmunder Fernsprechamt besetzt.

Dortmund, 6. Juni. Die Franzosen haben heute vormittag das Fernsprechamt in Dortmund besetzt und den gesamten Fernsprechverkehr unterbunden.

Die neue Wucherverordnung.

Berlin, 6. Juni. Dem Reichsrat ist der Entwurf einer neuen Wucherverordnung vorgelegt worden, über den in der Sitzung vom 9. Juni Beschluß gefaßt werden soll. Der Entwurf umfaßt insgesamt acht Verordnungen. Von den Verordnungen befaßt sich die erste mit dem Kampf gegen Preisstreiberi, die zweite mit der Regelung der Ein- und Ausfuhr, die dritte mit der Beschränkung der Konfessionierung des Einzelhandels, die vierte bezieht Maßnahmen gegen Notkünde aus der Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Gegenständen des täglichen Bedarfs, die fünfte befaßt sich mit der Einrichtung von Preisprüfstellen und in der sechsten wird die Aufsichtspflicht über wirtschaftliche Verhältnisse, insbesondere von Leistungen und Fähigkeiten von Unternehmungen oder Betrieben gesetzlich festgelegt. In der letzten Verordnung werden die alten Bestimmungen über Wuchergesetze zusammengefaßt und in wichtigen Punkten ergänzt. Als Begriff wird in dieser Verordnung der Leistungswucher eingeführt, der wucherischen Gewinn oder Verdienst aus Leistungen z. B. Handwerkerleistungen schwer bestraft. Als Höchststrafe ist Zuchthaus, als Mindeststrafe 100.000 Mark Geldstrafe vorgesehen.

Die Abferrung.

Karlsruhe, 6. Juni. Die französischen Besatzungsbehörden geben bekannt, daß der Erlaß betreffend den Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet (Abferrung der Pässe bzw. Einreiselaubnis) am Donnerstag, 7. Juni, um Mitternacht für den Bereich des Brückenpyses Kehl und des Abschnitts Diefenburg in Kraft tritt.

Mannheim, 6. Juni. Nach Mitteilung von deutscher Seite wird die Rheinbrücke am Freitag für den allgemeinen Verkehr geöffnet werden. Es muß aber damit gerechnet werden, daß künstlich nur Besitzer von Brückenpässe durchgelassen werden.

Schändung des deutschen Waldes.

Paris, 6. Juni. Die Franzosen und Belgier haben beschlossen, die zu beiden Seiten der Eisenbahnen im besetzten Gebiet gelegenen Waldungen abzuholzen, um die Ueberwachung der Strecken zu erleichtern. In der Gegend von Kalkum, wo die Waldungen besonders dicht sind, sei das Fällen bereits in Angriff genommen worden.

Was mein einst war.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

Und das lächle Raschgeflücht mit dem energischen Prom, aus dem die Nase scharf hervorprang, das geböte auch nicht einem, der in einer Bauernlate zur Welt gekommen.

Da war etwas an Jakob Dangelmanns Knecht, das ein Geheimnis ahnen ließ. Und es hätte sie wohl gerast, dieses Geheimnis zu kennen, denn der Mann war eine so bemerkenswerte Persönlichkeit, die, an welchem Platz sie auch stand, nicht zu übersehen war.

Wer weiß, durch welche Zufallsfügung er hierher gekommen! Sie hatt schon oft von Offizieren gehört, die, durch die Zittererlebnisse ihrer Erziehung betäubt, gezwungen waren, irgendwelche untergeordnete Stellen anzunehmen, nur um ihr Dasein zu fristen. Vielleicht geböte er auch zu diesen Entsetzten! Unartig durchzöhr sie diese Erkenntnis. Ja gewiß, so mußte es sein, und es war etwas in ihr, das sie wünschen ließ, es möge wirklich so sein.

Er fuhr sehr vorsichtig, so daß man ohne jede Störung, die der Chauffeur schadensroh bei sich gewünscht, bald am Ziele war.

Vor der Einfahrt zum Schloß hielt Karl Günther den Wagen an. „Wenn Baronesse gestatten, möchte ich jetzt aussteigen.“

Sie glaubte ihn zu verstehen: er wollte ihrem Chauffeur eine gewisse Beschämung ersparen. Zustimmung neigte sie den Kopf, indem sie etwas zögernd und ungeschlüssig in ihrem Täschchen suchte; sie mußte sich ihm doch erkenntlich zeigen. Schwer war es jedoch für sie, das Richtige in diesem Falle zu finden. Ihrem Gefühl nach dürfte sie diesem Manne kein Trinkgeld anbieten; aber wiederum wäre es auffallend gewesen, wenn sie ihn ohne weiteres hätte gehen lassen; was würde er von ihr gedacht haben, da er ihren Gedankengang doch

unmöglich ahnen konnte. Sie wollte auch niemanden etwas schuldig bleiben. Trotz überkam sie da plötzlich in diesem Jovialität und Unmut über sich selbst, daß sie so viel Interesse an einem Bauernknecht nahm. Lächerlich war das doch eigentlich!

„Ich möchte Ihnen meinen besten Dank für Ihre Bemühungen sagen. Bitte nehmen Sie diese kleine Erkenntlichkeit an.“ Sie wollte ihm einen zusammengefalteten Papierchein überreichen.

Er trat zurück.

„Bitte, Baronesse, der Dank muß auf meiner Seite sein. Baronesse hatten mir gütigst einen Platz im Wagen gestattet, so daß ich dadurch schneller hergekommen bin. Meinen ergebensten Dank!“

Er zog die Mäze, verneigte sich ehrfurchtsvoll und ging dann so schnell davon, daß sie gar keine Zeit und Gelegenheit zum Widersprechen fand.

Es war ihr unangenehm; denn von einem Bauernknecht konnte sie sich doch nichts schenken lassen.

Sie sprach mit ihrem Vater darüber.

„Ich werde ihm für seine Hilfe einen angemessenen Betrag senden!“ meinte der Baron.

Doch Karl Günther nahm nichts an. Er sei nicht der Ansicht, daß die Herrschaften in Schuld bei ihm seien; er bitte, jene Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Höflich hatte er dies durch den Gutsverwalter des Barons sagen lassen.

Erdmüte hatte seine Ablehnung erwartet. Dennoch ärgerte sie sich darüber, noch mehr aber, daß sie sich in ihren Gedanken gegen ihren Willen mit jenem Manne beschäftigten mußte. Denn was ging sie der Knecht Jakob Dangelmanns an!

7.

— — — So, Hochwürden, nun wissen Sie, wie und wo ich mir meine Auszeichnungen geholt, auf die ich doch stolz bin. Die Erinnerung wenigstens kann mir niemand rauben, das einzige, was ich noch habe, nachdem man mir alles annehmen —

Aufmerksam hatte Herr Herrsch dem schlicht gehaltenen, aber um so eindrucksvolleren Bericht Karl Günthers gelauscht. Bilder von Not und Tod, von Grauen und übermenschlichem Ertragen sowie von Heldengröße boten sich vor ihm entrollt, die ihn aufs tiefste erschütterten. Schwelgend sah er seinem jungen Gaste gegenüber, unverwandt auf dessen Ehrenzeichen blickend. Eins nach dem andern nahm er langsam in die Hand, es liebevoll betrachtend und dann ehrfürchtig und behutsam wie etwas Kostbares auf den Tisch zurückzulegen.

Da klopte es an die Tür; die Wirtschaftlerin war es. „Baronesse Eggersdorf wünscht Hochwürden zu sprechen.“ „Darf ich gleich eintreten, Hochwürden?“ Eine schöne, dunkle Mädchenstimme fragte mit leiser Schmeierei, und Erdmüte Eggersdorf stand schon auf der Schwelle.

„Willkommen, Baronesse!“ Der Herrscher eilte seinem Besuch entgegen.

„Ah, Sie sind nicht allein, Hochwürden! Ich will nicht hören!“

Karl Günther war aufgedrungen und hatte sich ehrerbietig verneigt. Voller Verwunderung sah sie ihn an. Ihn hier zu treffen, hatte sie nicht erwartet.

„Ich wollte Ihnen die versprochenen Bücher bringen, Hochwürden. Sie sehen, ich habe es nicht vergessen.“

„Baronesse sind sehr liebenswürdig!“ sagte der Herrscher. Karl Günther wollte sich jetzt verabschieden; doch da meinte Erdmüte: „Ich möchte durchaus nicht Verabschiedung sein, daß Sie gehen.“ Und als er dennoch Meiner machte, sich zu entfernen: „Wenn Ihnen mein Gegenwart anscheinend gar so unangenehm ist, so ist die Reihe zu gehen an mir, denn Sie waren vor mir da.“

„Baronesse belieben sich über mich lustig zu machen.“ Karl Günther war etwas erregt. Mutrot beannte ihm die Farbe im Gesicht.

Da sah sie ihn groß und ernst an. „Ich mache mich über niemanden lustig, der vor dem Feinde gestanden hat wie Sie.“

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Juni.

Der Reichstag verhandelte am Mittwoch über den Gesetzentwurf zur Neuordnung der Strafgerichte. Nach der Vorlage soll das Valentin in einem härteren Maße zur Rechtsprechung herangezogen und im übrigen eine Vereinfachung erreicht werden. Den Schwurjuristen verbleiben nur die Kapitalverbrechen, der größte Teil der Verbrechen kommt vor die Schöffengerichte.

Abg. Dr. Madrnach (Soz.) hält den Entwurf für unzulänglich. Er gebe mit der einen Hand, nehme aber mit der anderen. Es sei eine große Systemlosigkeit in der Vorlage. Man schaffe 5 Strafgerichte. Das Schwurgericht habe in letzter Zeit vielfach versagt, so in Falle des Erzbergerattentäters von Hirschfeld usw. Es muß die Möglichkeit der Berufung eines benachteiligten Schwurgerichtes gegeben sein. Der Redner kritisiert dann in besonderer Weise die mangelhafte Verfahren der Auswahl der Schöffen und Geschworenen.

Rechtsjustizminister Dr. Heine stellt fest, daß der Entwurf als Justizreform selbst die Grundlage der Entwurfsarbeiten habe. Diese Justizreform dürfe nicht scheitern. Rasche Arbeit sei notwendig. Das Vertrauen des Volkes zur Rechtspflege müsse durch diese Vorlage befestigt werden. Der Minister stellt fest, daß mit der Verabschiedung dieser Vorlage auch die bayerischen Volksgerichte aufgehoben würden.

Abg. Warmuth (Zent.): Eine gründliche Prüfung sei durchaus geboten. Die weitere Hinzuziehung der Laien werde eine Verlangsamung in unsere Rechtspflege hineinbringen.

Abg. Fürtlinger (D.Vp.) stellt sich dem Entwurf freundlich gegenüber. Er werde getragen von vier großen Gesichtspunkten: Größere Beteiligung des Laienlements, Einführung der Berufung gegen erstinstanzliche Urteile in allen Fällen, andere Organisation der Schwurgerichte und Notwendigkeit der Erziehung von Richterkräften.

Abg. Schäding (Dem.) erwartet von der Durchführung des Entwurfs eine weitgehende Demokratisierung der Rechtspflege. Die Ausdehnung der Zuständigkeit der Schöffengerichte ist zu begrüßen, ebenso die stärkere Heranziehung der Laien.

Abg. Dr. Vell (Zent.) stellt Änderungsvorschläge für den Ausschuß. Die Vorlage entspreche einem Bedürfnis. Bedauerlich sei die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten.

Abg. Dr. Gmünger (Bayer.Vp.) begrüßt die Vorlage.

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) lehnt die Vorlage als unzureichend ab. Man wolle dem Volke nur Sand in die Augen streuen. Der Redner fordert die Wahl der Richter durch das Volk.

Die Vorlage wird dem Rechtsausschuß überwiesen. Dieser schlägt eine Entschlieung vor, wonach der Reichstag mit Genehmigung des Reichspräsidenten, daß bezüglich der Eisenbahnerstreife im Jahr 1922 weitgehende Amnestie gewährt wurde.

Der Sozialdemokrat Rosenfeld hält dem Justizminister Dr. Heine seine letzte Hamburger Rede vor und behauptet, er sei ein verkappter Monarchist und Deutschnationaler. Dr. Heine erwidert, daß er in Hamburg als Parteimann zu Parteifreunden gesprochen habe. Am Donnerstag steht die Feuerungsinterpellation der Sozialdemokraten auf der Tagesordnung.

Aus Stadt und Land.

Mittwoch, 7. Juni 1923.

Kleinrentnerssorge. Der Bezirksausschuß der Kleinrentnerssorge, der die Kleinrentner selber in 2 Gruppen eingeteilt hatte, hat auf Grund des Reichsgesetzes vom 4. Februar d. Jt. und der hierzu ergangenen Richtlinien für den erweiterten Kreis der Kleinrentner nunmehr 4 Gruppen gebildet, um den Bedürfnissen des einzelnen Falls noch mehr Rechnung tragen zu können. Die Unterstützung für Monat März, auf die bisher namhafte Zuschüsse gegeben wurden, wurde auf 25 000, 20 000, 15 000 und 5 000 Mark festgesetzt; die in dieser Woche zur Verteilung kommende Gabe beträgt 60 000, 50 000, 40 000 und 25 000 Mk.; in allen Fällen ist Bedingung, daß die Gemeinden ein Viertel dieses Betrags auf die Gemeindekasse übernehmen.

Die Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer. Die Staatshauptkasse wird sämtlichen württembergischen Gemeinden in den nächsten Tagen als Gemeindeanteil am Umsatzsteuerertrag im Monat April 1923 je 200 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung überweisen.

Gebühren für Leichenschauer. Vom Ministerium des Innern sind die Richtlinien für die von den Gemeinden festzusetzenden Gebühren der Leichenschauer auf das 21fache der Höhe vom 5. Januar 1921 mit Wirkung vom 1. Juni ab erhöht worden.

Calw, 6. Juni. (Amtsversammlung.) In der heutigen Amtsversammlung wurde eine für die Stadt Calw schwerwiegende Frage gelöst. Es handelte sich um einen Antrag der Amtsversammlung zur Erbauung eines neuen Schulhauses für die hiesigen höheren Schulen. Mit dieser Frage verband der Bescheid bekanntlich die Erwerbung eines Gebäudes für die landw. Winterschule u. die Erwerbung eines Platzes für ein Materiallager der Amtskörperschaft. Die Stadtgemeinde erhielt von der Ministerialabteilung für die höheren Schulen die Aufgabe für bessere Unterhaltungsverhältnisse zu sorgen, andernfalls die Schule abgebaut werden sollte. Nach eingehenden Verhandlungen des Bezirksrats mit dem Gemeinderat wurde eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Stadt das Rektoratgebäude und einen Platz bei der Brauerei Dreiß künstlich abtritt, wogegen die Amtsversammlung der Stadt für Kaufpreis und Baubetrag 350 000 Mk. bewilligt. Die Stadt wird nun sofort mit einem Teil der Baukosten des Schulhauses beginnen. Das Schulgebäude kommt auf dem früheren Krankenhausbau zu stehen u. wird nach dem Plan von Architekt Hans-Budwigburg ausgeführt. Der Etat der Amtskörperschaft schließt mit 48 620 910 Mk. Einnahmen und 78 618 433 Mk. Ausgaben, somit mit

einem Defizit von 28 998 933 Mk. ab. Sämtliche fälligen Schulden für Straßen, Krankenhäuser und dergl. werden im Gesamtbetrag von 7 Mill. Mk. getilgt. Der Amtsschatzen wird auf 29 Mill. Mk. festgesetzt.

Freudenstadt, 6. Juni. (Rathskinder.) Vom Bezirkswohlfahrtsrat wird geschrieben: Die angemeldeten Rathskinder sind vom 14. Juni an, und zwar aus Gelsenkirchen und Umgebung zu erwarten. Sämtliche Kinder werden nach Freudenstadt geleitet und von dort an die einzelnen Gemeinden verteilt. Genauer Tag des Eintreffens wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Stuttgart, 6. Juni. (Zur württ. Regierungsumbildung.) Die Landtagsfraktion der Württ. Bürgerpartei und des Bauernbundes trat zu einer Sitzung zusammen, um Stellung zu den durch die Regierungsumbildung in Württemberg geschaffenen Verhältnissen zu nehmen. Abg. Bazille führte u. a. aus: Da die Sozialdemokratie bis jetzt kein Mitsprechen von ihren Forderungen und den wesentlichen „Errungenschaften der Revolution“, dem schematischen Achtstundentag usw., preisgegeben habe und vorläufig auch keine Preisgabe werde, so sei sie gegenwärtig eben regierungsunfähig und lähme die Kraft jeder Regierungskombination, in der sie sich befinde. Deshalb sei das Ausschreiben der Sozialdemokratie aus der württ. Regierung in der gegenwärtigen Zeit ein Fortschritt, sofern sie nicht geheime Regierungspartei geblieben sei, wie sie dies vor ihrem Eintritt in die Regierung war. Ein solcher Zustand wäre der schlimmste von allen; denn er ermöglichte der Sozialdemokratie einen geheimen Einfluß auf die Regierung, ohne daß sie gleichzeitig die Verantwortung hierfür trage. Zeige sich im Lauf der Zeit, daß eine innere Abhängigkeit der Regierung von der Sozialdemokratie weiterbestehe, so verändere sich nichts an der bisherigen Haltung der Fraktion der Rechten. Zeige dagegen die neue Regierung Selbstständigkeit in ihrem Auftreten, beherzige sie den Grundsatz: Gleiches Recht für Alle, so werde die Fraktion ihre Stellung von Fall zu Fall nehmen und unter Umständen auch den Schwierigkeiten Rechnung tragen müssen, die von einer Minderheitsregierung in der gegenwärtigen Zeit unzerrenlich seien. — In der Aussprache schloß sich die Fraktion den Auffassungen ihres Vorsitzenden an. Von verschiedenen Seiten wurde mitgeteilt, daß im Volk ein starkes Verlangen nach Neuwahlen bestehe und daß unter Umständen solche auf dem Wege der Auflösung des Landtags durch Volksabstimmung herbeigeführt werden müssen.

Belegte Krise im Landw. Hauptverband. Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Die Krise im Landw. Hauptverband, die mit der abgelehnten Wiederwahl des bisherigen Präsidenten des Landw. Hauptverbandes, Schultheiß a. D. Maunz, einsetzte, geht einer Klärung entgegen. Daß man den Direktor der Landwirtschaftskammer, Ströbel, in seiner Eigenschaft als Abgeordneten des Bauernbundes zum Urheber der Krise zu machen suchte, hat in den weitesten Kreisen der württembergischen Landwirtschaft Verurteilung gefunden. Besonders auch das Vorbringen der persönlichen Gesinnung in der Öffentlichkeit. Direktor Ströbel hat in einer Erwiderung diese persönlichen Anrempelungen beiseitegestellt und nachgewiesen, daß er bei den internen Auseinandersetzungen im Vorstand des Hauptverbandes nur auf Ordnung und Klarheit und für eine neutrale Haltung dieser landwirtschaftlichen Organisation gearbeitet hat. Zugleich hat er den Hauptstreitpunkt, der schon lange Zeit die eigentliche Ursache der Differenzen bildete, die Verfestigung des landwirtschaftlichen Wochenblatts in Ravensburg, in einer Weise beleuchtet, die die Notwendigkeit darthut, daß hier reiner Tisch und Klarheit geschaffen wird, zumal es sich um finanzielle Fragen handelt. Eine Versammlung der oberwürttembergischen landw. Gauenverbände, die am Sonntag in Aulendorf stattfand, hat sich gegen den persönlichen Streit ausgesprochen. In dieser Versammlung, der auch Ströbel amwohnte, wurde Maunz zum endgültigen Rücktritt von der Präsidentschaft des Hauptverbandes veranlaßt. Damit blühten die Vorbedingungen für ein ernstliches Zusammenarbeiten von Hauptverband und Landwirtschaftskammer gegeben und die Eingetretene der württ. Landwirte unter Ausschaltung alles persönlichen geichert sein.

Todesfall. Infolge eines Schlaganfalles ist Senatspräsident August Böcher, am Oberlandesgericht, 63 Jahre alt, gestorben. Er gehörte dem Oberlandesgericht seit über 15 Jahren an.

Selbstmord eines Ausgewiesenen. Vor mehreren Tagen wurde in den Unteren Anlagen unterhalb der Villastraße ein unbekannter Mann erhängt aufgefunden. In einem bei dem Unbekannten aufgefundenen Brief ist enthalten, daß er ein geborener Stuttgarter sei, zuletzt Eisenbahnschaffner in Offen gewesen und aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen worden sei.

Selbstmord. In einem Hause der Augustenstraße verübte ein 69 Jahre alter Ingenieur durch Vergiften Selbstmord. In einem hinterlassenen Briefe bezeichnete er als Beweggrund zur Tat Lebensmüdigkeit.

Verbrecherjagd. Auf dem Tache eines Hauses der Neckstraße im Stöckelviertel spielte sich eine aufregende Verbrecherjagd ab. Die Kriminalpolizei hatte besondere Gründe zu einem unvermuteten Frühbesuch in dem der Polizei wohl bekannten Hause. Der kontrollierende Beamte hatte, zwischenfälle voraussehend, zu seiner Unterstützung drei Polizeiwachmeister zugezogen. Das Resultat der Kontrolle war ein überraschendes. In einer Dachkammer hielten sich der seit 11. Mai aus der Strafanstalt Hohenasperg entwichene Justizhausgefangene Karl Würtel von Wangen und der mit Stadtverbot beladene Taalöhmer Heinrich Seemann von Stuttgart

auf, die beide, nachdem die Türe gewaltsam aufgesprungen werden konnte, nur mit Hemd und Hose begleitet, durch eine kleine Fensterlücke auf das freiliegende Dach kletterten und sich dort hinter einem Schornstein verborgen hielten. Während Seemann durch den Kriminalbeamten noch auf dem Tache ergriffen und festgenommen werden konnte, benützte Würtel, der sich un beobachtet glaubte, diesen Augenblick, um vom Tache in ein offen stehendes Treppenhausefenster des etwa drei Meter entfernt liegenden Nebenhauses abzuspringen. Trotzdem konnte aber auch er von den Beamten auf der Straße noch festgenommen werden. Den zwei Einbrechern ist ein Einbruch in einem Uhladen in Heidenheim nachgewiesen.

Gomadingen, 6. Juni. (Kircheneinbruch.) Einbrecher drückten in unserem neu eingeweihten Kirchlein eine Scheibe ein und drangen in das Gotteshaus ein, wo sie den Sakristeialasten erbrachen und die Taufgeräte raubten. Von den Tätern fehlt jede Spur. — Auch in Dornau wurde fast um dieselbe Zeit ein Kircheneinbruch verübt.

Särning, 6. Juni. (Vom Blitze erschlagen.) Der Mitte der 20er Jahre stehende Eisenbahnarbeiter Baumann von Hausach suchte am Samstag während eines Gewitters am Hummerwald Schupf unter einem Baum. Der junge Mann hatte sich kaum unter den Baum gestellt, als ein Blitzstrahl niederfuhr und ihn sofort tötete.

Navensburg, 6. Juni. (Verräter.) Vor wenigen Tagen wurde der von den Revolutionszeiten her bekannte Kommunist Kaufmann Mezger, früher als Buchhalter bei einer hiesigen Firma angestellt, verhaftet. Zeitungsmeldungen nach soll Mezger mit den Franzosen in schriftlichem Verkehr gestanden und sich zur Arbeitsleistung bei ihnen angeboten haben.

Die Leiden der Eisenbahner.

Von Wilhelm Siebert.

Von all den Deutschen, die das schwere Schicksal getroffen hat, täglich und stündlich Franzosen um sich zu sehen, von ihnen bedrückt, verfolgt und bedroht zu sein, haben entschieden die Eisenbahner am meisten zu leiden: Sie sind freilich französische Scharfschützen, auf sie werden täglich und stündlich die französischen Gendarmen losgelassen, sie werden aus ihren Wohnungen vertrieben, mißhandelt, eingekerkert, ausgewiesen: Alles, was ihr Widerstand der schwerste Schlag gegen die französische Ruhraktion ist, weil sie tapfer ausharren und sich dem französischen Willen, für die fremden Eindringlinge die Eisenbahnsüge zu führen, nicht beugen. Infolgedessen wüten die Fremden gegen die Eisenbahner wie die Wilden: Alle Leiden müssen die tapferen Beamten durchmachen: Verhaftungen, Kriegsgerichte, Einkerkerungen, Mißhandlungen, Ausweisungen. Täglich wissen die deutschen Tageszeitungen in langer Reihe die Namen der deutschen Leiden des Abwehrkampfes zu melden, die sich freudig für ihr Vaterland ins Gefängnis werfen oder über die Grenze ins unbefestigte Gebiet treiben lassen, aber keine Hand für die französische Befehlsgewalt rühren. Unendlich lang ist die Liste der Eingekerkerten, der Ausgewiesenen, hoch sind die Gefängnisstrafen, schwer die Urteile. Die eine wütende Militär-

justiz verhängt hat: Vom 11. Januar, dem Tage des Einbruchs französischer bis an die Bahne bewaffneter Truppen in das friedliche, aller Verteidigungsmittel entblößte, der wiederaufbauenden und segensreichen Arbeit dienende Ruhrgebiet, von diesem Tage bis zum 19. Mai wurden aus dem Ruhrgebiet allein 4175 tapferere Eisenbahner aus ihren Wohnungen auf die Straße hinausgejagt, ohne auch nur einiges von ihrem in langen Jahren harter Arbeit und Mühe angeschafften Habitate mitnehmen zu dürfen. Aber nicht allein 4175 Eisenbahner wurden von Haus und Hof vertrieben: mit ihnen mußten auch insgesamt 12 401 Familienangehörige — Frauen und Kinder, Greise, Kranke und Krüppel — aus den Wohnungen heraus, 11 303 davon wurden von den französischen Friedensbrechern über die Grenze des Einbruchgebietes getrieben, der Rest fand bei mitleidigen und helfenden Nachbarn Aufnahme. Aber nicht allein Ausweisung ist das Schicksal der mit unglücklichem Haß verfolgten Eisenbahner: Kerker, Mißhandlung, Tod hängen in düsterem Grauen über ihren Häuptern. 376 Eisenbahner wurden bisher von den französischen Einbrecherhorden unter Kolbenhieben und Fußtrittten in die Gefängnisse geschleppt, 86 von ihnen urteilte eine fanatische französische Militärjustiz ab: Gesamtstrafen von 171 Jahren und 9 Monaten wurden verhängt von jenen Gerichten, die sich mitten im Frieden auf fremdem Gebiet, wo sie nichts zu suchen haben, Kriegsgerichte nennen. Andere Eisenbahner wurden zu schweren Geldstrafen verurteilt, die bereits eine Höhe von 103 508 200 Mk. erreicht haben. Damit nicht genug: der französische Haß ist nicht befriedigt, wenn er Frauen und Kinder, dürftig bekleidet, krank, unterernährt aus den Wohnungen vertrieben, schutzlos in der Leere, von Fremde weiß: auch der französische Sadismus will auf seine Rechnung kommen. 112 Eisenbahner wurden bisher gezählt, die in entscheidender Weise von den Franzosen mißhandelt wurden und noch heute in großer Zahl in den Lazaretten und Krankenhäusern liegen: viele von ihnen werden wohl nie mehr zu dem vollen Gebrauch ihrer Organe und Glieder zurückkehren: sie werden ewig Krüppel und Sieche bleiben. Und nun die Toten! Schon nach dreimonatiger Besatzungsdauer konnte man auf deutscher Seite über 50 Tote zählen, die französischen Menschenjäger zum Opfer gefallen sind: davon haben die Eisenbahner fünf tapferere Kameraden zu beklagen, die treu und fest zu ihrem Vaterlande hielten. Ihr Blut rötete die Eisenbahnschienen und Gleise, weil fremde Militärherrschaft es wollte. Ihr Blut ist aber auch der Ritt für die Abwehrfront, die heute fester denn je da steht.



